



Ein Newsletter erstellt im Rahmen des Projekts „JIKO-Entwicklungsphase 2005–2007“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH – Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik

Liebe Leserinnen und Leser,

2005 war ein erfolgreiches Jahr für die internationale Klimapolitik. Im Februar trat das Kyoto Protokoll in Kraft. Ende des Jahres fand dann in Montreal die erste Vertragsstaatenkonferenz des Protokolls parallel zur Tagung der Klimarahmenkonvention statt.

Auf den Ergebnissen des Klimagipfels liegt der Schwerpunkt dieser Ausgabe: Wir informieren Sie ausführlich über die CDM/JI-relevanten Beschlüsse der Montrealer Konferenz und betten diese ein in den Kontext der internationalen Klimaverhandlungen.

Vielen Dank für Ihr Interesse.

Ihre Redaktion

JIKO aktuell

Der Kälte entronnen: Die Klimaverhandlungen in Montreal stärken das Kyoto Protokoll

Die elfte Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 11), die zugleich die erste des Kyoto Protokolls (MOP 1) war, fand vom 28. November bis 10. Dezember 2005 mitten im Montrealer Winter statt. Die wichtigsten Ergebnisse des zweiwöchigen Verhandlungsmarathons waren die Annahme der Übereinkommen von Marrakesch, die Weiterentwicklung der Regeln für die projektbasierten Mechanismen Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI), sowie die Aufnahme von Verhandlungen über eine Fortführung des Kyoto Protokolls für die Zeit nach 2012, dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Protokolls.

Bereits im Februar 2005 war das Kyoto Protokoll in Kraft getreten. Die Übereinkommen von Marrakesch, das detaillierte Regelwerk für seine Umsetzung, mussten jedoch noch von der Vertragsstaatenkonferenz des Protokolls bestätigt werden. Wie erwartet, hat die MOP 1 auf der ersten Plenarsitzung die Übereinkommen und weitere einschlägige Entscheidungen angenommen, wie etwa die zu Forstprojekten im CDM. Sämtliche über die letzten sieben Jahre verhandelten Richtlinien sind damit in Kraft.

Fortsetzung auf Seite 2

JIKO aktuell

ProMechG wird umgesetzt und weiterentwickelt

Das Projektmechanismengesetz (ProMechG) ist seit dem 30.09.2005 in Kraft. In der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) wird derzeit die nötige Infrastruktur zum Bearbeiten der Projektanträge aufgebaut. Darüber hinaus muss das ProMechG weiterentwickelt werden, da durch neue Beschlüsse der internationalen Klimapolitik Regelungsbedarf entsteht. JIKO Info erläutert die Arbeiten in der DEHSt und skizziert mögliche Ergänzungen des Gesetzes.

Fortsetzung auf Seite 4

JIKO aktuell

- Der Kälte entronnen: Die Klimaverhandlungen in Montreal stärken das Kyoto Protokoll
- ProMechG wird umgesetzt und weiterentwickelt

JIKO Info-Reihe: Ankaufprogramme

- Das österreichische JI/CDM-Programm

JIKO Nachrichten

JIKO aktuell

Der Kälte entronnen: Die Klimaverhandlungen in Montreal stärken das Kyoto Protokoll

Fortsetzung von Seite 1

Die Übereinkommen von Marrakesch beinhalten unter anderem die Richtlinien und Vorgaben für die Umsetzung der flexiblen Mechanismen und die Verrechnung der Emissionen. Sie legen ferner fest, inwiefern Landnutzungsänderung und Wiederaufforstung mit Emissionen verrechnet werden können und benennen Voraussetzungen für die Treibhausgasinventare.

Anstoß für Joint Implementation

Im Gegensatz zum CDM, für den in Marrakesch ein „prompt start“ vereinbart worden war, hing die Umsetzung von JI vom Inkrafttreten des Kyoto Protokolls ab. Staaten, die alle Voraussetzungen für die Teilnahme an den flexiblen Mechanismen erfüllen, können den so genannten *JI Track 1* verwenden, der ein weniger komplexes Genehmigungsverfahren erlaubt als der *Track 2*. Projekte unter dem *Track 2* müssen ein internationales Genehmigungsverfahren unter der Aufsicht des JI-Aufsichtsgremiums (*JI Supervisory Committee*, JI SC) durchlaufen. Der *Track 1* war daher in Montreal kein Thema, sondern die Verhandlungen drehten sich um die Etablierung des JI SC und die Klarstellung operationeller Details.

Ein großer Teil der Diskussionen in Montreal konzentrierte sich auf die Frage, inwieweit Elemente des CDM für JI übernommen werden können. Annex-I-Staaten (Industrieländer) wollten die im CDM entwickelten Regelungen auch auf JI-Projekte übertragen, um diese schneller voranzubringen. Nicht-Annex-I-Staaten (Entwicklungsländer) befürchteten hingegen, dass klimafreundliche Investitionen nun eher in JI- als in CDM-Projekte fließen könnten. Sie betonten daher, dass die Voraussetzungen in den jeweiligen Gastländern zu unterschiedlich seien, um die CDM-Regeln ohne Weiteres auf JI anzuwenden. Zudem setzten sie sich dafür ein, nicht nur auf den CDM, sondern auch auf JI eine Abgabe zu erheben, um mit deren Ertrag die südlichen Länder bei der Anpassung an die Folgen der Klimaerwärmung zu unterstützen. Der in Montreal ausgehandelte Kompromiss sieht vor, dass die *Designated*

Operational Entities des CDM, also private Zertifizierungsunternehmen, die über die Erfüllung der Anforderungen an CDM-Projekte befinden, nicht automatisch für JI *Track 2*-Projekte qualifiziert sind, sondern sich auch hier um die Akkreditierung bewerben müssen. Sie können auf vorläufiger Basis Zertifizierungen vornehmen, bis das JI SC eine Akkreditierungsentscheidung getroffen hat. Entschieden wurde ferner, dass das *CDM Project Design Document* und die im Rahmen des CDM genehmigten Methodologien für die Errechnung des Klimanutzens eines Projekts angewendet werden können. Die in Montreal beschlossenen Entscheidungen werden die Etablierung von JI *Track 2* Projekten maßgeblich beschleunigen, vor allem, wenn die finanziellen Mittel für die Arbeit des JI SC wie angekündigt zur Verfügung gestellt werden.

Reform des CDM

Das CDM-Verfahren provoziert weiterhin Forderungen nach einer Reform. Siebenundzwanzig Diskussionspunkte wurden während der Verhandlungen thematisiert und die DiplomatenInnen arbeiteten unzählige Stunden an Kompromissen zwischen den Investor- und den Gastländern. Im Folgenden werden die wichtigsten in Montreal getroffenen Entscheidungen kurz vorgestellt.

Von Anfang an wurde das CDM Executive Board (CDM EB) mit unzureichenden finanziellen Mitteln gemessen an den ihm übertragenen Aufgaben ausgestattet. In Montreal wurden die getroffenen finanziellen Zusagen nun erneuert und ausgeweitet und den Mitgliedern des Executive Boards wurde eine bessere Bezahlung zugesagt. Außerdem soll das Board erweitert werden, um die gestiegenen Arbeitsanforderungen zu bewältigen. Daneben wurde die Abgabe festgelegt, die auf CDM-Projekte erhoben wird, um die Verwaltungskosten abzudecken (*share of proceeds*): Die ersten 15.000 CERs, die ein CDM-Projekt in einem Jahr generiert, werden jeweils mit 0,10 USD, darüber hinaus gehende CERs mit 0,20 USD besteuert. Die Erhebung und die Verwendung werden durch die MOP überwacht.

Das Kriterium der *Zusätzlichkeit (additionality)* wurde erneut heftig diskutiert. Es besagt, dass bei einem Klimaschutzprojekt die Emissionen der Klimaschutzprojektaktivität niedriger sein müssen als die Emissionen des Referenzfalls. Das Executive Board hat ein freiwilliges „tool for the demonstration and assessment of additio-

nality“ entworfen, um die Anforderungen zu verdeutlichen. Gleichwohl wird das Verfahren zur Überprüfung, ob ein Projekt zusätzlich ist oder nicht, durch die *International Emissions Trading Association* (IETA) und einige Entwicklungsländer als zu strikt und komplex kritisiert. Die in Montreal gemachten Vorschläge reichten von der Beibehaltung des status quo bis hin zur Vorbereitung einer Entscheidung für die MOP 2, was die Autorität des CDM EB in dieser Frage aufgehoben hätte. Der schließlich erzielte Kompromiss belässt die Entscheidung über die Zusätzlichkeit beim CDM EB. Es soll jedoch einen öffentlichen Aufruf erlassen, neue Vorschläge für den Nachweis der Zusätzlichkeit einzureichen und MOP 2 über dessen Ergebnisse Bericht erstatten.

Angemahnt wurde ferner eine breitere geographische Verteilung der CDM-Projekte mit dem Hinweis, dass vor allem in Afrika viele Staaten derzeit leer ausgehen. Um dem entgegenzuwirken, wurden die Kyoto-Vertragsparteien dazu aufgefordert, ihre Ansichten darüber zu unterbreiten, welche systematischen Faktoren eine geographisch ausgeglichene Verteilung der Projekte behindern. Das CDM EB wird dann auf dieser Basis Empfehlungen für die MOP 2 vorbereiten. Darüber hinaus wurden die Annex I Staaten dazu ermuntert, ihre Capacity-Building Aktivitäten ebenfalls mit Blick auf eine geographisch gleichmäßigere Streuung auszubauen.

Eine der Möglichkeiten, gerade auch den afrikanischen Ländern die Teilnahme an CDM-Aktivitäten zu erleichtern, ist der neu aufkommende „sektorale CDM“. Im Rahmen des sektoralen CDM könnten Politiken und Maßnahmen neben den bisher üblichen Projekten an einem einzelnen Standort zu CDM-Projekten werden. Während der Verhandlungen wurde deutlich, dass die Nicht-Annex I Staaten den sektoralen CDM als Instrument zur Ausweitung des CDM begrüßen. Die Annex I Staaten befürchten hingegen durch den sektoralen CDM eine zunehmende Verwässerung des Instruments. Auf der MOP wurde entschieden, Politiken und Standards im Rahmen des CDM auszuschließen. Zulässig sind jedoch Programme, die mehrere Aktivitäten in einem Projekt zusammenfassen, sofern sie geeignete Methodologien anwenden, um sicherzustellen, dass Emissionsreduktionen „tatsächlich, messbar, nachweisbar und zusätzlich“ erzielt werden. Eine genaue Definition von „Programm“ wurde allerdings nicht festgelegt.



Foto: Wuppertal Institut

Ferner haben sich die Länder darauf geeinigt, die Bündelung mehrerer Großprojekte an verschiedenen Orten zu einem Projekt zu erlauben.

Entscheidung über HFC-Projekte vertagt

Aufgrund einer Anfrage des CDM EB musste sich die MOP mit dem Thema HFC-Projekte beschäftigen. HFC-Projekte reduzieren Fluor-Kohlenwasserstoffemissionen (*Hydrofluorocarbon*). Die Verbrennung von HFC-23 ist eine beliebte CDM-Aktivität, da sie sehr kostengünstig ist. HFC-23 ist ein Nebenprodukt, das bei der Produktion des Kühlmittels Hydrochlorfluorcarbon (HCFC-22) anfällt. Letzteres fällt unter das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht. Deshalb gibt es Bedenken gegen die Zulassung dieser Art von Projekten, da man befürchtet, falsche Anreize zu setzen: Die Produktion des für die Ozonschicht schädlichen HCFC-22 könnte angeheizt werden mit dem einzigen Ziel, CERs zu generieren. Die Verbrennung von HFC-23 an bestehenden Anlagen ist bereits als CDM-Projektaktivität zugelassen. Das CDM EB verlangte in Montreal Klarheit darüber, ob auch die Verbrennung an neuen Anlagen im Rahmen des CDM möglich sein soll. Auf der MOP waren die Staaten allerdings nur dazu in der Lage, sich auf eine Definition von „neue Anlage“ zu verständigen. Die Frage nach dem Umgang mit diesen Projekten und die Erarbeitung von Empfehlungen für die MOP 2 wurde auf die nächste Sitzung des *Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice* (SBSTA) verschoben. Weiterhin diskutierte die MOP über die Frage, ob CO₂-Abscheidungs- und -Speicherungstechnologie (*Carbon Capture and Storage, CSS*) innerhalb von CDM-Projekten angewandt werden kann. Die Delegierten beauftragten das UNFCCC Sekretariat, einen Workshop zu organisieren. Auf dessen

Grundlage soll das CDM EB Empfehlungen für die MOP 2 erarbeiten, wie CCS-Projekte als CDM-Projekte zugelassen werden können.

Ein weiteres Anliegen der Konferenz war es, die Zukunft des CDM auch für die Zeit nach der ersten Verpflichtungsperiode zu sichern. Dies hing jedoch weniger von den Entscheidungen der CDM-VerhandlerInnen, sondern hauptsächlich davon ab, inwieweit es gelingen würde, einen ernsthaften Verhandlungsprozess für die Zeit nach 2012 anzustoßen. Die hierzu getroffenen Entscheidungen übertrafen mit ihrem Konkretisierungsgrad viele Erwartungen: Es wird eine eigenständige Arbeitsgruppe eingerichtet, die neue Emissionsverpflichtungen für die Industrieländer aushandeln soll. Die Verhandlungen sollen so rechtzeitig abgeschlossen werden, dass keine Lücke zwischen der ersten und der zweiten Verpflichtungsperiode entsteht. Dieser Beschluss bekräftigt, dass das Kyoto Protokoll ein lebendiger Vertrag ist und auch nach 2012 fortgeführt werden soll. Damit dient der Beschluss auch der Bestätigung, dass Emissionsreduktionen auch nach 2012 einen Wert haben werden – auch wenn er nicht die explizite Garantie ist, die einige sich gewünscht hatten.

Die MOP 1 war nicht nur das erste Treffen der Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto Protokolls, sie hat auch zu merklichen Fortschritten für die Umsetzung der Kyoto-Mechanismen geführt. Die Annahme der Übereinkommen von Marrakesch bedeutet mehr Gewissheit für den Kyoto-Prozess. Mit dem eingesetzten und funktionsfähigen JI Supervisory Committee kann nun die Nord-Nord-Kooperation zu klimafreundlichen Projekten beginnen. Die Verstärkung des CDM EB und die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für den CDM wird den Genehmigungsprozess beschleunigen und den derzeitigen Rückstand der Projektbewilligungen beheben.

Um die Integrität des CDM zu gewährleisten, haben die Vertragsstaaten auf der MOP dem Druck widerstanden, die Zusätzlichkeits-Anforderung zu verwässern. Die MOP hat einen Prozess in Gang gesetzt, um die derzeitige unbefriedigende geographische Verteilung der CDM-Projekte zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die Entscheidung, Programme in den CDM aufzunehmen, kann hilfreich sein, Nachhaltigkeitsnutzen zu unterstützen, indem Erneuerbare Energien und Energieeffizienz befördert werden. Andererseits haben die Staaten

keine Entscheidungen getroffen, die konkret die Stärkung des Nachhaltigkeitsgedankens innerhalb des CDM zum Ziel haben. Anspruchsvolle Projekte werden auch weiterhin Unterstützung benötigen, da sich die Anerkennung von CCS- und HFC-23-Projekten an neuen Anlagen abzeichnet. Diese Projekte sind zwar geeignet, um Emissionen zu reduzieren, ihr Beitrag zu lokalen Nachhaltigkeitszielen bleibt jedoch umstritten. Die Verantwortung liegt daher bei den CDM-Gaststaaten, ausschließlich Projekte hoher Qualität zu genehmigen, und bei den Käuferstaaten, nur CERs aus nachhaltigen Projekten nachzufragen.

Weitere Informationen:

Weitere Informationen und eine ausführliche Analyse der Konferenz finden sich in dem Bericht des Wuppertal Instituts zur COP 11, siehe www.wupperinst.org/cop11 (erscheint in Kürze).

BWi/WSt

JIKO aktuell

ProMechG wird umgesetzt und weiterentwickelt

Fortsetzung von Seite 1

Das ProjektMechanismenGesetz legt fest, dass die Deutsche Emissionshandelsstelle als Zustimmungsbehörde für CDM- und JI-Projektanträge fungieren soll. Die dazu notwendige Infrastruktur wird derzeit von der DEHSt aufgebaut. Projektanträge werden bereits jetzt ausschließlich von der DEHSt bearbeitet. Ende 2005 hat die DEHSt zwei CDM-Projektanträge in Südafrika (Energieträgerwechsel) und in Indonesien (Erneuerbare Energien) genehmigt. Einzelheiten des Antragsverfahrens können im Internet abgerufen werden unter http://www.dehst.de/cln_007/nn_76410/DE/Home/Textbausteine/ProMechG_DEHSt.html.

Weiterentwicklung des ProMechG

Das ProMechG schafft den gesetzlichen Rahmen für die Nutzung von CDM und JI im EU-Emissionshandel und stellt gleichzeitig die Nutzung der projektbezogenen Kyoto-Mechanismen in Deutschland auf eine rechtliche Grundlage. Da die Nutzungsmöglichkeiten der projektbezogenen

Mechanismen sowohl auf internationaler als auch europäischer Ebene weiterentwickelt werden, stand bereits während des Gesetzgebungsverfahrens fest, dass das Gesetz in absehbarer Zeit ergänzt werden muss.

Für 2006 gibt es drei Ereignisse bzw. Quellen, die Ergänzungen des ProMechG nötig machen könnten:

- die Beschlüsse der COP/MOP 1 in Montreal;
- die EU-Ergänzungsrichtlinie (*Linking Directive*), die den Einbezug der projektbasierten Mechanismen in den EU-Emissionshandel regelt. Diese Richtlinie wird Mitte 2006 einer Überprüfung unterzogen. Die möglichen Änderungen an der Linking Direktive könnten dazu führen, dass das ProMechG angepasst werden muss;
- die im Gesetz optional angelegten Verordnungen, mit denen einzelne Details geregelt werden.

Da die COP/MOP-Beschlüsse und die zu erwartenden EU-Beschlussfassungen zeitlich nah beieinander liegen, spricht einiges dafür, das ProMechG Anfang 2007 zu novellieren. In diesem Fall könnten auch Beschlüsse der COP/MOP 2 im November 2006 einbezogen werden. Andererseits könnte dieser eher späte Termin die Projektentwicklung verzögern und damit die Entwicklung des CDM/JI-Marktes hemmen. Insofern wird der Gesetzgeber sehr sorgfältig abwägen müssen, wann er das Gesetz novelliert, um solch hemmende Einflüsse zu vermeiden.

Anders liegt der Fall bei den Verordnungen: Das ProMechG sieht vor, dass ergänzende Verordnungen nur erlassen werden, wenn dafür Bedarf besteht. Da jedoch noch nicht genügend Erfahrungen mit dem Gesetz gemacht wurden, kommen vorläufig allenfalls Verordnungen infrage, die die Nutzung von CDM und JI generell erleichtern oder erweitern. Anfang 2007 dürften jedoch ausreichend Erfahrungen vorliegen, um die Notwendigkeit anderer Verordnungen zu bewerten.

Im Folgenden gibt JIKO Info einen ersten Überblick über die Aktivitäten in 2006:

COP/MOP 1

In Montreal wurden mit der Beschlussfassung des „rule book“ die Marrakesh-Accords angenommen. In Richtung ProMechG stellt sich mit den JI-Beschlüssen und der Einrichtung des *Supervisory Committee* (JI SC) nun die

Frage, ob die nationale gesetzliche Grundlage für den JI 2nd track geschaffen werden kann oder ob noch grundsätzliche Beschlüsse des JI SC abzuwarten sind (siehe hierzu auch den Artikel „Der Kälte entronnen“ in dieser Ausgabe). Entschließt man sich, den JI 2nd track analog zur Behandlung der Beschlussfassungen des CDM Executive Boards im ProMechG zu regeln, scheint eine ausreichende internationale Rechtsgrundlage gegeben. Gesetzgeberische Aktivitäten zur Regelung des JI 2nd track könnten dann unmittelbar aufgenommen werden. Angesichts der allgemeinen Erwartung, dass eine Reihe von JI-Gaststaaten nicht alle Teilnahmekriterien für die Nutzung der Kyoto-Mechanismen erfüllen und damit auf die Nutzung des JI 2nd track angewiesen sein werden, dürfte eine frühzeitige gesetzliche Regelung ein positives Signal in den Markt und für die Projektentwickler und Investoren geben. Ein weiteres Argument für eine frühzeitige Regelung im ProMechG ist die bereits jetzt absehbare Projektpipeline zur Genehmigung von JI 2nd track-Anträgen beim JI SC. Die rechtzeitige Verfügbarkeit der Zertifikate könnte durch Arbeitsengpässe des JI SC stark beeinträchtigt werden.

Review der *Linking Directive*

Ende Juni 2006 wird die EU-Kommission den Bericht zum Review der Linking Directive vorlegen. In welchem Umfang ProMechG-relevante Themen enthalten sind oder ob es zu einer Neufassung der Linking Directive kommen wird, ist zurzeit noch nicht absehbar. Vier Themen sind von besonderem Interesse:

- der Cap (Obergrenze) für die Nutzung von CDM und JI im EU-Emissionshandel (*Supplementarity*),
- die Vermeidung von Doppelzählungen,
- die Rolle der Nationalen Ausgleichprojekte,
- die mögliche Einbeziehung von Senkenprojekten.

Während die Frage des Cap im Rahmen der nationalen Allokationspläne auf der Tagesordnung steht und national unterschiedliche Caps unbedenklich erscheinen, sollten die Regeln in den genannten anderen Bereichen weitgehend oder vollständig EU-harmonisiert sein. Variationen zur Nutzung von Senken und Nationalen Ausgleichsprojekten sollten nicht innerhalb des EU-Emissionshandels zugelassen werden. Diese beiden Projekttypen könnten aber sehr wohl im Rahmen nationaler Maßnahmen zur Erreichung des jeweiligen nationalen Kyoto-Ziels eine Rolle spielen. In jedem dieser Fälle entsteht aber Regelungsbedarf

im ProMechG. Das Verfahren zur Vermeidung der Doppelzählung ist dagegen rein technischer Natur und kann anknüpfend an das ProMechG über eine Verordnung geregelt werden.

In Folge des EU-Reviews dürften aber vor Ende des Jahres keine gesetzgeberischen Aktivitäten auf nationaler Ebene nötig sein.

Verordnungen

Das ProMechG enthält eine Reihe von Verordnungsoptionen. Über die bereits erlassene Gebührenordnung hinaus besteht jedoch keine rechtliche Erfordernis, diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Insbesondere in Sichtweite des Reviews der Linking Directive und der bisherigen überschaubaren Anzahl von Projektanträgen sollte derzeit von zusätzlichen staatlichen Regelungen Abstand genommen werden.

Allerdings werden wahrscheinlich eine Reihe von mittel- und osteuropäischen Staaten die Teilnahmekriterien für den JI 1st track erfüllen. Deshalb scheint es sinnvoll, die Verordnung zur Verfahrenserleichterung für kleine und mittlere Projekte im Rahmen von JI auf den Weg zu bringen. Eine Notwendigkeit dieser Verordnung ergibt sich zusätzlich aus der Entwicklung der *Green Investment Schemes* (GIS), also Mechanismen für den an die Durchführung von Klimaschutzprojekten gekoppelten Transfer staatlicher Zertifikate (AAU). Diese dürften zunehmend Kontur gewinnen, sobald die Gastländer die Teilnahmevoraussetzungen für die Nutzung der Kyoto-Mechanismen erfüllen. Im Rahmen der GIS würden Projekte nach einem nennenswert gegenüber dem ProMechG vereinfachten Verfahren durchgeführt werden können. Für deutsche Unternehmen kommt es hier darauf an, die Vereinbarkeit zwischen GIS und dem JI 1st track herzustellen, um für den EU-Emissionshandel nutzbare Zertifikate (ERU) zu erhalten. Bislang werden GIS weitgehend auf Basis von AAU konzipiert, die zwar zur Erreichung des Kyoto-Ziels durch die Vertragsparteien, aber nicht durch Unternehmen im EU-Emissionshandel genutzt werden können.

JIKO Info wird in den kommenden Ausgaben über die weiteren Schritte bei der Weiterentwicklung des ProMechG berichten.

JIKO Info-Reihe Ankaufprogramme

Das österreichische JI/CDM-Programm

Mitte 2003 startete das österreichische JI/CDM-Programm, mit dem Österreich in erster Linie Emissionszertifikate aus Klimaschutzprojekten sowie aus Beteiligungen an Fonds ankaufen wird. Darüber hinaus finanziert das Programm unter anderem die Erstellung von Baseline-Studien. Das Management des Programms hat die Kommunalkredit Public Consulting übernommen. Kommunalkredit Public Consulting ist ein Tochterunternehmen der österreichischen Kommunalkredit, einer Spezialbank für die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturen.

Das Budget für die Programmlaufzeit von 2003-2012 beträgt insgesamt 288 Mio. Euro. Das Jahresbudget liegt laut Programm in 2005 bei 24 Mio. Euro und ab 2006 bei 36 Mio. Euro.

Das österreichische Reduktionsziel liegt bei 13% für die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls 2008-2012. Laut dem aktualisierten nationalen Zuteilungsplan für Österreich ergibt sich aus dem Trendszenario eine notwendige Reduktion von 18 Mio. tCO₂e bis 2012. Mit dem österreichischen JI/CDM-Programm sollen bis 2012 mindestens 35 Mio. tCO₂e erzielt werden.

Zwei Calls zum Ankauf von Emissionszertifikaten sind bereits abgeschlossen. Dabei wurden 108 Interessensbekundungen eingebracht, 36 für JI-Projekte und 71 für CDM-Projekte. Das Programm hat am 01.08.2005 den dritten Call für JI- und CDM-Projekte herausgegeben, der bis zum 31.01.2006 befristet ist. In diesem Zeitraum müssen ProjektentwicklerInnen ihr Interesse bekunden. Laut dem aktuellen Call für CDM-Projekte werden nur solche CDM-Projekte berücksichtigt, die bis 2012 mindestens 250.000 tCO₂e einsparen können. Ein neuer Call für JI- und CDM-Projekte wird unmittelbar nach Ende des dritten Calls folgen. Zusätzlich wird Anfang 2006 auch ein Call für JI- und CDM-Kleinprojekte bis maximal 250.000 tCO₂e erfolgen.

Laut §8 (1) der Richtlinien des österreichischen JI/CDM-Programms gelten insbesondere folgende Projektarten als potenzielle JI-/CDM-Projekte:

1. Errichtung (oder Retrofitting) von Kraft-Wärmekopplungsanlagen
2. Energieträgerwechsel in Energieerzeugungsanlagen und Produktionsanlagen auf erneuerbare Energieträger oder von Energieträgern mit hohem Kohlenstoffgehalt auf Energieträger mit niedrigerem Kohlenstoffgehalt, insbesondere bei bestehenden Fernwärmanlagen
3. Errichtung (oder Retrofitting) von Stromerzeugungsanlagen, die mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden (insbesondere Windkraftanlagen, Biogas- oder Biomasse-KWK sowie Wasserkraftwerke)
4. Projekte, deren Zweck die Vermeidung oder (energetische) Verwertung von Deponiegas ist
5. abfallwirtschaftliche Maßnahmen, die insbesondere durch energetische Verwertung von Abfällen zur Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen, möglichst unter Mitberücksichtigung der Abwärmenutzung, beitragen
6. Projekte, die der Senkung des Endenergieverbrauchs in Wohngebäuden, öffentlichen und privaten Dienstleistungsgebäuden sowie in industriellen Anwendungen und Prozessen (einschließlich Abwärmepotentiale) dienen (Energieeffizienzprojekte)

Dies schließt andere Projekttypen nicht grundsätzlich aus. Die in den bisherigen Calls für JI-Projekte offiziell eingegangenen Interessensbekundungen stammen auch aus anderen Projektkategorien, beispielsweise aus den Bereichen „Chemische Industrie“ und „Landwirtschaft“.

Nuklearprojekte sind generell nicht zulässig. Bei Senkenprojekten verweisen die Richtlinien auf die „sehr kritische Diskussion“ (§ 8). Es wird laut § 8(4) der Richtlinien bei Senkenprojekten ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, ob das Projekt zertifizierbare Emissionsreduktionseinheiten generiert und die nachhaltige Entwicklung im Gastland in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen berücksichtigt wird. Über eine abschließende Anerkennung von Senkenprojekten wird die Kommunalkredit Public Consulting gesondert nach den geltenden UNFCCC-Regelungen entscheiden.

Zu den Unterlagen der Interessensbekundung gehört neben der Bestätigung der generellen Eignungskriterien, Aussagen über die finanzielle und ökonomische Situation, der technischen Kapazität auch eine Darstellung der ökologischen Auswirkungen des JI- bzw. CDM-Projekts, insbesondere im Hinblick auf Luft, Wasser und

Boden sowie die Verwendung von natürlichen Ressourcen und Abfall. Außerdem müssen die AntragstellerInnen die sozialen, sowie die entwicklungspolitischen Auswirkungen während der Durchführung und nach Beendigung des JI- bzw. CDM-Projektes darlegen. Dazu ist der Bewerbung ein „Letter of Social Responsibility“ beizulegen, in dem die BewerberInnen die Anforderungen der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen akzeptieren und erfüllen. Eine Vorlage des „Letter of Social Responsibility“ ist in dem Call for Projects enthalten. Kernpunkte der Vereinbarung umfassen unter anderem die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung des Gastlandes, die Anerkennung von Gewerkschaften, die Ablehnung von Kinder- und Zwangsarbeit und die Unterstützung von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Ablauf eines Projekts im Rahmen des österreichischen JI/CDM-Programms

Projektplanung	Expression of Interest / Project Idea Note (PIN) Project Design Document (PDD) / Bewertung der Projektvorschläge
bei Genehmigung	Validierung / Emission Reduction Purchase Agreement
Projektumsetzung	Monitoring und Verifizierung Übertragung der Zertifikate und Zahlung

Nach positiven Verhandlungen wird ein Vertrag zwischen der Republik Österreich und den ProjektentwicklerInnen aufgesetzt. Dieser muss durch das österreichische Bundesumweltministerium in letzter Instanz genehmigt werden. Nach der Unterzeichnung des Vertrags ist eine Vorauszahlung von bis zu 30 % des Vertragswerts möglich.

Detailliertere Informationen über den Ablauf von Projekten innerhalb des österreichischen JI/CDM-Programms sind unter <http://www.klimaschutzprojekte.at> erhältlich.

Die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen finden sich im Internet unter http://www.oecd.org/findDocument/0,2350,en_2649_34889_1_1_1_1_1,00.html.

MB

JIKO Nachrichten

CD4CDM legt Ratgeber zum Erstellen von PDDs vor

Die UNEP Organisation Capacity Development for CDM (CD4CDM) hat einen Ratgeber mit dem Titel „CDM PDD Guidebook: Navigating the Pitfalls“ herausgegeben. Das Handbuch wurde in Zusammenarbeit mit Det Norske Veritas (DNV), einer akkreditierten DOE, erstellt. Die zwanzig am häufigsten auftretenden Probleme, die DNV bei der Validierung von Projekten festgestellt hat, werden mit Hilfe von „Good Practice“, Projektbeschreibungen und nützlichen Links anschaulich dargestellt.

Der Ratgeber ist als PDF Dokument (988 kb) erhältlich unter:
<http://www.cd4cdm.org/>

Klimasekretariat schaltet JI-Internetseite frei

Nach der Montrealer Klimakonferenz (siehe auch den Artikel „Der Kälte entronnen“ in dieser Ausgabe) hat das Sekretariat der UNFCCC auf seiner Internetpräsentation eine eigene Rubrik für JI eingerichtet. Unter <http://ji.unfccc.int> können die für JI maßgeblichen Beschlüsse, Zulässigkeitskriterien und eine generelle Einführung eingesehen werden. Die Seite wird laufend erweitert.

CDM/JI-Einführung aktualisiert

Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) hat seinen Leitfaden zur Funktionsweise der flexiblen Mechanismen CDM und JI aktualisiert. Der Leitfaden soll vor allem Unternehmen eine Einstiegshilfe in die Nutzung dieser Instrumente bieten, um ihnen ein frühzeitiges Engagement zu erleichtern. Der Ratgeber gibt einen Überblick über den gesetzlichen Rahmen, den derzeitigen Stand der internationalen Klimaverhandlungen und die sich daraus ergebenden Anforderungen für die Teilnehmer. Die Publikation wurde im Auftrag des Umweltministeriums Baden-Württemberg in Kooperation mit Heidelberg Cement, der MVV Energie und den Stadtwerken Karlsruhe erstellt.

Der Leitfaden kann als interaktive CD-ROM kostenlos vom Umweltministerium Baden-Württemberg angefordert werden (E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@um.bwl.de) bzw. aus dem Internet heruntergeladen werden: <http://www.isi.fhg.de/n/klimapolitik.html>.

Impressum

Herausgeber: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal

Verantwortlich für den Inhalt: Bettina Wittneben, Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Tel. 0202-2492-284

Redaktion: Wolfgang Sterk (WSt), Thomas Forth (TF), Maike Bunse (MB), Bernd Brouns (BBr), Christof Arens (Schlussredaktion), Bettina Wittneben (BWi)

Bezug: JIKO Info wird ausschließlich elektronisch versandt. Die Aufnahme in den Verteiler ist kostenlos.

Bezugsadresse im Internet:
<http://www.wupperinst.org/Projekte/Klima/JIKO-Info/1078-formular.html>

Layout: in_form, Wuppertal

JIKO Info informiert über aktuelle Entwicklungen im Politikfeld „projektbasierte Mechanismen in Deutschland“. Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „JIKO-Entwicklungsphase 2005–2007“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (www.wupperinst.org/jiko) erstellt. Die Redaktion arbeitet unabhängig von der JI-Koordinierungsstelle im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

JIKO Info erscheint vierteljährlich und in Sonderausgaben.